

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzentwicklung in Deutschland
im ersten Halbjahr 2002

Der Anstieg der Insolvenzen in Deutschland hat auch im ersten Halbjahr 2002 nicht halt gemacht. Mit beschleunigtem Tempo geht es mit Zuwachsraten wie Anfang der neunziger Jahre auf neue Höchststände zu. Bei 34.600 Gesamtinsolvenzen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurde der Vergleichszeitraum des Vorjahres (24.210 Gesamtinsolvenzen) um 42,9 Prozent übertroffen. Auch die für die Beurteilung des gesamtwirtschaftlichen Status quo relevantere Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat kräftig zugelegt: Von 15.020 Unternehmenspleiten im ersten Halbjahr 2001 auf 18.800 betroffene Betriebe im ersten Halbjahr 2002 (plus 25,2 Prozent). Verantwortlich für die ausgeprägten Zuwächse bei den Gesamtinsolvenzen sind vor allem die Verbraucherinsolvenzen, deren Zahl sich gegenüber den ersten sechs Monaten 2001 fast verdoppelt hat (von 7.400 Verfahrensanträgen auf 14.500) – eine Steigerung von 95,9 Prozent.

**Unternehmer und
 Verbraucher legen zu**

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	13.323		8.837	
1992	15.302	+ 14,9%	10.920	+ 23,6%
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%
2001	49.150	+ 17,6%	32.390	+ 16,0%

■	2001 Hj.	2002 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen	15.020	18.800
Veränderung zum Vorjahr	+ 14,7%	+ 25,2%
Verbraucherinsolvenzen	7.400	14.500
Veränderung zum Vorjahr	+ 64,4%	+ 95,9%
sonstige Insolvenzen	1.790	1.300
Veränderung zum Vorjahr	+ 11,9%	- 27,4%
Gesamtinsolvenzen	24.210	34.600
Veränderung zum Vorjahr	+ 26,1%	+ 42,9%

*) von Creditreform geschätzt

Stundung der Verfahrenskosten

Für die Erfassung der Insolvenzanträge als „Unternehmensinsolvenzen“ oder „Verbraucherinsolvenzen“ ist der rechtliche Hintergrund im Insolvenzrecht, der zum 1. Dezember 2001 eine weitere Reformierung erfahren hat, zu erläutern. Bei den Verbraucherinsolvenzen ist es unter anderem deshalb zu einem massiven Anstieg gekommen, weil die Reformierung des Insolvenzrechts auch völlig mittellosen Antragstellern und Schuldner eine Stundung der Verfahrenskosten erlaubt, damit sie in den Genuss der Restschuldbefreiung gelangen können. Tatsächlich hatten die Zahlen zu den „Verbraucherkonkursen“ in der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres – als sich diese Möglichkeit der Stundung bereits abzeichnete – einen Rückgang erfahren: Die „Öffnung“ dieses Staus bei den Anträgen wirkt sich statistisch auf das erste Halbjahr 2002 aus.

Die Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten nach Paragraph 286 InsO steht jeder natürlichen Person offen. Entscheidend für die hier vorgenommene statistische Zuordnung unter der Rubrik „Unternehmensinsolvenzen“ oder „Verbraucherinsolvenzen“ ist, dass die Entscheidung für das Verfahren – also Regelinsolvenzverfahren für Unternehmer bzw. Verbraucherinsolvenzverfahren für Privatpersonen – nicht unbedingt abhängig ist von der wirtschaftlichen Position des Antragstellers im Sinne von Selbstständigkeit oder Nichtselbstständigkeit. Ob die natürliche Person das Verbraucher- oder das Regelinsolvenzverfahren durchläuft, hängt vielmehr von drei Faktoren ab:

1. Ob der Schuldner eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausübt oder ausgeübt hat,
2. der Zahl seiner Gläubiger (weniger als 20) und
3. ob Ansprüche aus Arbeitsverhältnissen gegen den Schuldner bestehen.

Hat der Schuldner als natürliche Person eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt und mehr als 19 Gläubiger, oder bestehen Forderungen aus einem Arbeitsverhältnis gegen ihn, so muss er das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen, um zur Restschuldbefreiung zu gelangen. Ist dies nicht der Fall, so ist das Verbraucherinsolvenzverfahren einschlägig.

Viele persönlich haftende Gesellschafter, über deren Unternehmen bereits ein Regelinsolvenzverfahren angestrengt worden ist – teilweise sogar noch nach alter Konkursordnung – werden nun mit den neuen Möglichkeiten versuchen, sich auch persönlich mit der Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten und der Restschuldbefreiung von „Altlasten“ zu befreien.

Damit werden hier also auch Regelinsolvenzverfahren, wenn es sich um natürliche Personen als Antragsteller handelt, den Verbraucherinsolvenzverfahren zugeordnet. Bisher erschien diese Gruppe unter den „sonstigen Insolvenzen“, unter denen auch die Nachlasskonkurse oder Vereine zu finden sind. Um die Statistik nicht zu verwässern, werden also sämtliche natürliche Personen den Verbrauchern zugeteilt.

In Zukunft mehr Verbraucher betroffen

Auch wenn sich durch die weitere Beseitigung von Hindernissen für überschuldete Verbraucher mit der zum 1. Dezember 2001 in Kraft getretene Änderung eine Welle türmt, die wieder auslaufen wird, so ist doch sicher nicht von einer Beruhigung der Verbraucherinsolvenzen auszugehen. In den letzten acht Jahren hat sich die Zahl der überschuldeten Haushalte in Deutschland von 770.000 (1994) auf 2,8 Millionen verstärkt. Selbst wenn noch keine US-amerikanischen Verhältnisse hierzulande festzustellen sind, so bleibt doch die Erkenntnis, dass im europäischen Vergleich Deutschland die zweithöchste Rate überschuldeter Privatpersonen nach Großbritannien vorzuweisen hat.

In den USA mit der sehr viel ausgeprägteren Verschuldung von Privatpersonen verhalten sich „Non-Business-Files“ zu den „Business-Files“ wie 40 zu eins. Wahrscheinlich wird in Deutschland in nicht allzu langer Zeit die Zahl der Verbraucherinsolvenzen – auch unter „Herausrechnen“ der ehemals Selbstständigen – die der Unternehmensinsolvenzen bei weitem über treffen. Dazu noch zwei Anmerkungen: Das Volumen der Konsumentenkredite hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt und immerhin rund 250.000 Bürger in Deutschland zwischen 18 und 20 Jahren sind bereits überschuldet.

Ost und West

Westdeutschland legt bei den Insolvenzen sehr viel deutlicher zu als Ostdeutschland. Um 48,4 Prozent (von 17.720 auf 26.300 Anträge) stieg die Zahl der Gesamtinsolvenzen in den alten Bundesländern. 13.600 Unternehmen (Vorjahr: 10.640) waren in den ersten sechs Monaten dieses Jahres an der Entwicklung beteiligt (plus 27,8 Prozent). Besonders markant ist der Anstieg bei den Verbraucherinsolvenzen: Hier hat sich die Zahl der Anträge gegenüber dem Vergleichszeitraum mehr als verdoppelt. 11.700 Anträge wurden gestellt – im Vorjahr waren es in den ersten sechs Monaten 5.490 Anträge (plus 113,1 Prozent). Hier handelt es sich in einer hohen Zahl von Fällen um Verfahren, die von den persönlich haftenden Inhabern bereits liquidierter Kleingewerbe möglicherweise nach Jahren jetzt auf der Basis der Stundung der Verfahrenskosten angestrengt werden.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	12.922	- 2,6%	8.445	- 3,2%
1992	14.117	+ 9,2%	9.828	+ 16,4%
1993	17.537	+ 24,2%	12.821	+ 30,5%
1994	20.092	+ 14,6%	14.913	+ 16,3%
1995	21.714	+ 8,1%	16.470	+ 10,4%
1996	23.078	+ 6,3%	18.111	+ 10,0%
1997	24.212	+ 4,9%	19.348	+ 6,8%
1998	25.162	+ 3,9%	19.886	+ 2,8%
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%

■	2001 Hj.	2002 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen	10.640	13.600
Veränderung zum Vorjahr	+ 10,8%	+ 27,8%
Verbraucherinsolvenzen	5.490	11.700
Veränderung zum Vorjahr	+ 35,6%	+ 113,1%
sonstige Insolvenzen	1.590	1.000
Veränderung zum Vorjahr	+ 27,2%	- 37,1%
Gesamtinsolvenzen	17.720	26.300
Veränderung zum Vorjahr	+ 18,9%	+ 48,4%

*) von Creditreform geschätzt

Die Insolvenzentwicklung in Deutschland wird in ihrer negativen Ausrichtung vom Westen her forciert: Bei den Gesamtinsolvenzen legt man in den neuen Ländern „nur“ um 27,9 Prozent zu. 6.490 Gesamtinsolvenzen im ersten Halbjahr 2001 stehen 8.300 Gesamtinsolvenzen im ersten Halbjahr 2002 gegenüber. Unterdurchschnittlich im gesamtdeutschen Vergleich liegt der Zuwachs auch bei den Unternehmensinsolvenzen mit 18,7 Prozent (5.200 Unternehmen; Vorjahreshalbjahr: 4.380 Unternehmen). 2.800 Verbraucherinsolvenzen ergeben in Ostdeutschland einen Zuwachs von 46,6 Prozent (Vergleichszeitraum: 1.910 Fälle). Wie die Entwicklung über die letzten zehn Jahre zeigt, stellt sich bei den Insolvenzen die Situation in Ostdeutschland scheinbar weniger dramatisch dar als im Westen. Und dies bei gesamtwirtschaftlichen Daten, die darauf schließen ließen, dass Unternehmen und Verbraucher

in den neuen Ländern angesichts unterdurchschnittlicher Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt und überdurchschnittlicher Arbeitslosenzahlen noch viel härter betroffen wären.

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

Verbesserung im Osten

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	401		392	
1992	1.185	+ 195,5%	1.092	+ 178,6%
1993	2.761	+ 133,0%	2.327	+ 113,1%
1994	4.836	+ 75,2%	3.911	+ 68,1%
1995	7.071	+ 46,2%	5.874	+ 50,2%
1996	8.393	+ 18,7%	7.419	+ 26,3%
1997	9.186	+ 9,4%	8.126	+ 9,5%
1998	8.815	- 4,0%	7.942	- 2,2%
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%

■	2001 Hj.	2002 Hj. *)
Unternehmensinsolvenzen	4.380	5.200
Veränderung zum Vorjahr	+ 25,1%	+ 18,7%
Verbraucherinsolvenzen	1.910	2.800
Veränderung zum Vorjahr	+ 324,4%	+ 46,6%
Sonstige Insolvenzen	200	300
Veränderung zum Vorjahr	- 42,9%	+ 50,0%
Gesamtinsolvenzen	6.490	8.300
Veränderung zum Vorjahr	+ 50,9%	+ 27,9%

*) von Creditreform geschätzt

Ein Grund zur Entspannung ist dies nicht; im Zusammenhang mit der Finanzierung wird noch von der erhöhten Insolvenzanfälligkeit der Betriebe in den neuen Ländern zu sprechen sein.

1.2 Neue Regeln in Europa

Insolvenzen machen nicht mehr vor Ländergrenzen halt - aus diesem Grund gewinnt die Frage des internationalen Insolvenzrechts immer mehr an Bedeutung. Seit dem 31. Mai ist die EU-Insolvenzverordnung in

Kraft, deren Ziel die einfachere Durchführung länderübergreifender Insolvenzen ist. Die Verordnung ersetzt nicht innerstaatliches Recht, sondern soll Fragen wie: Welches Gericht ist zuständig? und: Welches Recht ist zu beachten? klären. Die EU-Insolvenzordnung gilt unmittelbar in allen Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Dänemarks.

Sie bestimmt, dass ein Insolvenzverfahren in dem Land zu eröffnen ist, in dem der Schuldner „den Mittelpunkt seines hauptsächlichsten Interesses hat“. Bei Unternehmen wird vermutet, dass dies der Ort des satzungsmäßigen Sitzes ist. Dieses sogenannte Hauptverfahren richtet sich grundsätzlich nach dem Recht des Landes, in dem es eröffnet wird. Daneben sind aber auch sogenannte Sekundärverfahren möglich in den Ländern, in denen das Unternehmen eine Niederlassung hat. Diese Verfahren folgen dem jeweiligen nationalen Recht. Das Hauptinsolvenzverfahren hat zum Ziel, das Vermögen des Schuldners in allen Mitgliedstaaten zu erfassen. Zum Zwecke des Gläubigerschutzes sind allerdings etliche Durchbrechungen dieses Prinzips eingefügt worden. So können Gläubiger eines ausländischen Unternehmens auf das gesamte Vermögen des Schuldners im Inland zugreifen. Zudem ist gesichert, dass Gläubiger nach dem Recht ihres jeweiligen Heimatlandes vorgehen können, und sich nicht erst mit fremden Insolvenzordnungen vertraut machen müssen.

Ein Fortschritt?

Schon jetzt wird das Gesetz als nicht ausreichend kritisiert. Zum einen sei der Anwendungsbereich zu eng – nicht erfasst werden Insolvenzen von Versicherungen, Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, die Gelder gegen Dritte halten. Die Verordnung gilt zudem nicht für Konzerne und nicht gegenüber Drittländern außerhalb der Union. Die Konstruktion von Haupt- und Nebenverfahren sei kompliziert und verursache einen kostspieligen Koordinationsaufwand. Zudem drohe dadurch die Zerschlagung zusammenhängender Vermögenswerte.

1.3 Große Firmeninsolvenzen

Den Anfang des Reigens großer Insolvenzen machte dieses Jahr eine Firma vom Neuen Markt: Das Telekommunikationsunternehmen Carrier1 ist das achtzehnte Unternehmen aus diesem Marktsegment seit dem Herbst 2000, als mit Gigabell das Sterben in der New Economy begann.

Nachdem die Commerzbank, die Dresdner Bank und die Hypo Vereinsbank den vorgelegten Rettungsplan ablehnten, musste die Philipp Holzmann AG den Gang zum Insolvenzrichter antreten. 23.000 Arbeitnehmer sind betroffen. Das Verfahren gegen Holzmann ist mittlerweile eröffnet. Hauptaufgabe des Insolvenzverwalters Ottmar Hermann ist es nun zu prüfen, welche Bereiche von Holzmann saniert, profitabel fortgeführt oder verkauft werden können. Noch im März stellte der Thüringer Baudienstleister Mühl in Erfurt Insolvenzantrag. Grund war auch hier die Weigerung einiger Banken, die gekündigte Kreditlinie zu verlängern. Im April erwischte es den drittgrößten Regionalflugzeughersteller Fairchild Dornier. Es wurde in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist kein strategischer Partner gefunden, der eine Beteiligung zusagen wollte. Betroffen von der Pleite sind etwa 3.600 Stellen.

Insolvenz meldete kurz nach Ostern der größte deutsche Papier- und Bürowarenhersteller Herlitz nach einem Verlust von 51, 5 Millionen Euro im Jahr 2001 an. In Schwierigkeiten geriet Herlitz bereits vor Jahren durch verfehlte Immobiliengeschäfte und ein überdimensioniertes Logistik-Lager. Mittlerweile steuert Herlitz auf eine Eröffnung des Verfahrens zu, der vorläufig eingesetzte Insolvenzverwalter Peter Leonhardt erklärte, die Gläubigerbanken hätten auf Forderungen in Höhe von 100 Millionen Euro verzichtet. Nach Firmenangaben wird Herlitz als erstes börsennotiertes Unternehmen das sogenannte Insolvenzplanverfahren abwickeln.

Es folgte die größte Pleite der deutschen Nachkriegsgeschichte: Im April stellte die KirchMedia einen Insolvenzantrag, im Mai folgte die KirchPayTV und im Juni

Monat für Monat

die Dachgesellschaft der Kirch-Gruppe TaurusHolding und die KirchBeteiligung. Damit hat der Konzerngründer Leo Kirch den Einfluss auf die von ihm gegründete Gruppe weitgehend verloren. Die Commerzbank – eine der Hauptgläubigerinnen – bekundete inzwischen offiziell Interesse an einem Einstieg bei der KirchMedia mit dem TV-Konzern ProSiebenSAT.1 und dem Rechtehandel. Insgesamt beschäftigt der Konzern 10.000 Personen.

Ende Mai traf es den Automobilzulieferer Peguform aus Bötzingen. Weil Kreditversicherer Verträge gekündigt hatten, wurden auch nicht fällige Forderungen von Lieferanten fälliggestellt. Der Liquiditätsbedarf überstieg die Möglichkeiten des Unternehmens, und Peguform stellte Insolvenzantrag wegen Zahlungsunfähigkeit. Insolvenzverwalter Jobst Wellensiek ist zuversichtlich, dass die Autoindustrie schnelle Finanzhilfe zusagt – schließlich sei sie an einer Produktionsfortführung interessiert, da anderenfalls ihre Bänder stillstünden.

Noch im Mai meldete ein weiterer Automobilzulieferer Insolvenz an: die Sachsenring Automobiltechnik AG mit ihrer Tochtergesellschaft, der Sachsenring Fahrzeugtechnik GmbH. Das Zwickauer Unternehmen war vor allem Hersteller des legendären Trabanten und wurde 1993 von den Gebrüdern Rittinghaus übernommen. Sie schufen einen Zulieferbetrieb für Automobile. Zum Jahresende beschäftigte das Unternehmen 1422 Mitarbeiter – und ist damit in der Region Zwickau strukturbestimmend.

Am 1. Juni wurde das Insolvenzverfahren über die Holzmann Tochtergesellschaft Imbau Industrielles Bauen GmbH eröffnet. Insgesamt machte die Imbau nach eigenen Angaben im Jahr 2001 bei einer Bauleistung von 500 Millionen Euro einen Verlust von 85 Millionen Euro.

Ebenfalls Anfang Juni stellte die auf Schiffe mit einer Größe von bis zu 150 000 Tonnen spezialisierte Flen-der Werft AG einen Insolvenzantrag. Das 1917 gegründete Unternehmen gehörte zunächst der Com-

Über alle Branchen hinweg

merzbank und der Dresdner Bank und wurde 1990 von der Bremer Vulkan übernommen; nach deren Zusammenbruch beteiligten sich private Investoren. Ursache für den Zusammenbruch sollen hohe Verluste beim Bau zweier Schiffe gewesen sein. Beschäftigt werden rund 800 Mitarbeiter.

150 Jahre nach seiner Gründung scheint das Aus für das Stahlwerk Maxhütte endgültig besiegelt. Das Werk, das bereits 1987 und dann zum zweiten Mal 1998 einen Konkursantrag stellte, wird in wenigen Wochen geschlossen, da es kein seriöses Übernahmeangebot gibt. Den letzten Anstoß für die Schließung gaben nach Angaben des Insolvenzverwalters Jobst Wellensiek nicht mehr aufschiebbare Ausgaben für Reparaturen und Umweltschutzmaßnahmen. Von der Schließung sind nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden Albert Vetter nicht nur die 850 Stahlwerker betroffen, sondern insgesamt 1500 Stellen bei Handwerkern und anderen Betrieben.

Die Cargolifter-Insolvenz bildet den vorläufigen Abschluss der Firmenzusammenbrüche im ersten Halbjahr 2002. Nachdem zunächst die wichtigste Tochter der Cargolifter AG — die Cargolifter Development GmbH — den Gang zum Insolvenzrichter antreten musste, traf es eine Woche später auch die Mutter. Die Firma wollte ein riesiges Luftschiff zum Transport von Schwerlasten bis zu 160 Tonnen entwickeln, bauen und betreiben. Dazu hatte sie in Brand südlich von Berlin eine riesige Produktionshalle errichtet. Wegen Kapitalmangels wurden die Pläne Mitte Mai auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Insolvenzverwalter Rolf-Dieter Mönning soll nun die Konzernstrukturen straffen und eine Lösung für den Erhalt der Firma suchen.

Die Insolvenzwelle großer Unternehmen macht auch vor den Landesgrenzen nicht halt. Im letzten Jahr gingen zahlreiche namhafte Firmen in Konkurs — allen voran die größte Pleite der amerikanischen Geschichte: der Energiekonzern Enron mit weltweit 20.000 Beschäftigten musste Ende letzten Jahres für sich und 14 Tochtergesellschaften Gläubigerschutz beantragen. In Europa scheiterten die beiden Fluggesellschaften

Swissair und Sabena, die englische Eisenbahngesellschaft Railtrack und der bekannte Haushalts- und Küchengerätehersteller Moulinex aus Frankreich.

1.4 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Von einer Überschuldung (im Zusammenhang mit den genannten Zahlen zu den Verbraucherinsolvenzen) in Deutschland spricht man bei Privatpersonen, wenn das Einkommen – nach Abzug der Lebenshaltungskosten – nicht ausreicht, um den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Privatpersonen mögen in dieser Situation noch liquide Mittel finden, ihren Haushalt eine Weile weiter zu finanzieren. Schließlich aber werden die Gläubiger über ein gerichtliches Verfahren eine Eidesstattliche Versicherung bzw. eine Haftanordnung zur Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung erwirken, welche die wirtschaftliche Situation des Schuldners offenbart. Eidesstattliche Versicherungen und private Insolvenzverfahren an der Spitze der Verschuldungssituation in Deutschland nehmen deutlich zu – so haben die Eidesstattlichen Versicherungen zwischen 1999 und 2000 von 779.000 auf 798.000 Fälle zugelegt. Auch Zwangsversteigerungen von Immobilien werden häufiger: 1999 waren 69.960 Fälle, 2000 bereits 72.800 (Quelle: Justizministerium; letzte aktuell verfügbare Zahlen). Schätzungen gehen davon aus, dass der durchschnittliche Ausfall privater Insolvenzen bei rund 15.000 Euro liegt. Längst ist auch deutlich, dass die Schadenshöhen – und im übrigen auch die Zahl der Gläubiger – höchst unterschiedlich sein können.

Rund 15.000 Euro Ausfall bei Verbrauchern

Weitaus gravierender als die Schäden durch die Forderungsausfälle gegenüber Privatpersonen im Verbraucherinsolvenzverfahren sind die Schäden, die im Zusammenhang mit der Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen entstehen. Im ersten Halbjahr 2002 summieren sich alle Ausfälle auf 22,5 Mrd. Euro. Dies ist nicht nur ein deutlicher Zugang gegenüber dem Vergleichszeitraum des ersten Halbjahres 2001, das ebenfalls schon von einer neuen Insolvenzwelle betroffen war, sondern zeigt auch im Vergleich zum Jahr 2000, dass hier in einem Halbjahr bereits soviel zu-

sammenkommt, wie sonst in einem ganzen Jahr (2000: 27,1 Mrd. Euro). Es sind insbesondere die Zugänge bei den privaten Schäden, die durch westdeutsche Unternehmensinsolvenzen ausgelöst wurden, die so hart durchschlagen: Von 7,7 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2001 auf 10,7 Mrd. Euro in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Ostdeutschland weist bei den privaten Schäden eine Steigerung von 3,1 auf 3,6 Mrd. Euro auf. Bei den Ausfällen der Öffentlichen Hand ist das Schadensniveau von 4,6 auf 5,6 Mrd. Euro in Westdeutschland gestiegen bzw. in Ostdeutschland auf einem Level von 2,6 Mrd. Euro geblieben.

Tab. 4: Insolvenzschiiden in West- und Ostdeutschland in Mrd. Euro

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	private Schiiden	Öffentliche Hand	private Schiiden	Öffentliche Hand
1991	4,6	4,1	-	-
1992	5,1	4,6	-	-
1993	9,2	6,1	-	-
1994	12,3	7,2	3,1	3,1
1995	13,3	7,2	4,1	3,1
1996	15,3	7,7	5,1	3,6
1997	15,9	7,7	5,6	4,1
1998	14,3	6,7	5,1	4,1
1999	12,8	6,1	5,1	3,6
2000	13,8	5,6	4,1	3,6
2001 Hj.	7,7	4,6	3,1	2,6
2001	17,4	6,7	4,6	3,6
2002 Hj. *)	10,7	5,6	3,6	2,6

*) von Creditreform geschätzt

Große Pleiten machen Furore

Tab. 5: Insolvenzschiiden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schiiden	Öffentliche Hand
1998	19,4	10,8
1999	17,9	9,7
2000	17,9	9,2
2001 Hj.	10,8	7,2
2001	22,0	10,3
2002 Hj. *)	14,3	8,2

*) von Creditreform geschätzt

Das über dem Zuwachs der Unternehmensinsolvenz liegende Schadensniveau wird durch die Großinsolvenzen innerhalb des letzten halben Jahres bestimmt. Diese großen Insolvenzen haben enorme Schäden aufgetürmt: Nimmt man alleine die sieben größten Fälle im Jahre 2002

- Kirch-Gruppe,
- Philipp Holzmann AG,
- Kinowelt Medien AG,
- Fairchild Dornier GmbH,
- Herlitz AG,
- Peguform GmbH & Co. KG und
- Sachsenring AG,

so erhält man ein Volumen offener Forderungen von rund 7,0 Mrd. Euro. Diese Zahl ergibt sich aus der Auswertung der letztvorliegenden Bilanzen bei den Passiva im Zuge der Verbindlichkeiten sowohl gegenüber Banken als auch aus Lieferung und Leistung. Ein anderes Vorgehen wäre, die bei Insolvenzantrag von den Gläubigern angemeldeten Forderungen aufzustellen. In jedem Falle aber wird – gerade bei großen Unternehmen und im Zuge von Insolvenzplan und Sanierung - noch einiges an Gläubigerbefriedigung möglich sein. Natürlich wird die übertragene Sanierung eines Konzerns nur durch Verzicht der Gläubiger und schließlich durch Stilllegungen möglich, dennoch zeigt die Diskussion etwa um die „Filetstücke“ der Kirch-Gruppe oder die Unternehmensbereiche von J.A. Jones über HSG bis zur Deutschen Asphalt innerhalb des Holzmann-Zusammenbruchs, was sich noch erwirken lässt. Allerdings sollten die Chancen nicht zu optimistisch gesehen werden: Von der Vulkan-Werft bis zur Maxhütte konnten auch im Laufe mehrerer Jahre keine Lösungen gefunden werden. Für den Insolvenzverwalter gilt es bei Großkonkursen, aber auch bei mittelständischen Insolvenzen, ein Höchstmaß an Befriedigung für die Gläubiger zu ermöglichen; auf der anderen Seite aber auch die Masse zu erhalten, die nötig ist, einen Betrieb wirtschaftlich fortzuführen. Entscheidend ist die Tatsache, dass der „Schadenspegel“ auch mit Einleitung des Insolvenzverfahrens nicht festgeschrieben werden kann, sondern sich wie bei jeder außergerichtlichen Sanierung ständig verändert, und die offene Gläubigerforderung zunächst einmal

„Filetstücke“ in der Insolvenz

auch eine Investition in eine ungewisse Zukunft darstellt.

Durch den großen Anteil von Konzernen am nach wie vor mittelständisch geprägten Insolvenzgeschehen hat sich auch die durchschnittliche Schadenshöhe für private Insolvenzgläubiger im „durchschnittlichen“ Fall geändert: Waren es im ersten Halbjahr bei der einzelnen Insolvenz noch 724.000 Euro, die offen bleiben mussten, so sind es in 2002 787.000 Euro in Westdeutschland. Und dies bei einer höheren Zahl von Insolvenzen.

Tab. 6: Private Insolvenzverluste in Westdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1991	4,7	364.000
1992	5,1	361.000
1993	9,2	718.000
1994	12,3	825.000
1995	13,3	808.000
1996	15,3	845.000
1997	15,9	822.000
1998	14,3	719.000
1999	12,8	672.000
2000	13,8	762.000
2001 Hj.	7,7	724.000
2001	17,4	800.000
2002 Hj. *)	10,7	787.000

*) von Creditreform geschätzt

Hoher Schaden in jedem Fall

In Ostdeutschland war das Schadensniveau für den einzelnen Insolvenzfall im letzten Jahr deutlich gesunken – in diesem Jahr nähert man sich wieder den Werten aus der Mitte der neunziger Jahre: 692.000 Euro beträgt der durchschnittliche Verlust für den einzelnen Gläubiger.

Tab. 7: Private Insolvenzverluste in Ostdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1994	3,1	793.000
1995	4,1	698.000
1996	5,1	687.000
1997	5,6	689.000
1998	5,1	642.000
1999	5,1	674.000
2000	4,1	418.000
2001 Hj.	3,1	708.000
2001	4,6	432.000
2002 Hj. *)	3,6	692.000

*) von Creditreform geschätzt

Das aktuelle Insolvenzgeschehen erreicht nicht nur negative Höhepunkte im Vergleich der letzten Jahrzehnte ; positiv ist die Entwicklung der letzten Jahre seit Einführung der Insolvenzordnung 1999 für die Zahl der tatsächlich durchgeführten Insolvenzverfahren verlaufen: Nur rund ein Viertel der Anträge werden noch mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse abgelehnt. Für rund drei Viertel aller Fälle in Westdeutschland und zwei Drittel in Ostdeutschland können die Möglichkeiten des Insolvenzverfahrens genutzt werden. Einen solchen Wert gab es zuletzt – wie die Vergleichstabelle für Westdeutschland zeigt – 1950. Damals spielte der Vergleich in der alten Konkursordnung noch eine wichtige Rolle – bis zum Ende der Konkursordnung 1998 war dieses Instrument nur noch in einer sehr geringen Zahl von Insolvenzfällen angewandt worden.

Tab. 8: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1950	4.497	1.211	26,9
1960	2.689	947	35,2
1970	3.943	1.862	47,2
1980	9.059	6.639	73,3
1990	13.271	10.029	75,6
1991	12.922	9.667	74,8
1992	14.117	10.403	73,7
1993	17.537	12.853	73,3
1994	20.092	14.997	74,6
1995	21.714	16.072	74,0
1996	23.078	17.010	73,7
1997	24.212	17.982	74,3
1998	25.162	18.134	72,1
1999	25.110	14.476	57,7
2000	29.590	14.983	50,6
2001 Hj.	17.720	7.597	42,9
2001	36.010	14.972	41,5
2002 Hj. *)	26.300	7.000	26,6

*) von Creditreform geschätzt

Die Entwicklung in Ostdeutschland spiegelt den Verlauf des Verhältnisses abgelehnter und angenommener Insolvenzverfahren im Westdeutschland der Nachkriegszeit in dem gedrängten Zeitraum einer Dekade wider: 1991 waren nur 18,2 Prozent aller Insolvenzverfahren mangels Masse nicht angenommen worden; nun ist man mit 34,9 Prozent auf dem besten Wege diese positive Situation wieder zu erreichen.

Tab. 9: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1991	401	73	18,2
1992	1.185	516	43,5
1993	2.761	1.548	56,1
1994	4.836	3.057	63,2
1995	7.071	4.663	65,9
1996	8.393	5.836	69,5
1997	9.186	6.547	71,3
1998	8.815	6.850	77,7
1999	8.760	5.703	65,1
2000	12.190	5.536	45,4
2001 Hj.	6.490	3.907	60,2
2001	13.500	7.388	54,7
2002 Hj. *)	8.300	2.900	34,9

*) von Creditreform geschätzt

Tatsächlich findet das neue Insolvenzrecht eine höhere Akzeptanz. Größere Unternehmen entschließen sich früher zum Insolvenzantrag in dem Bewusstsein, dass dieser nicht das Aus für den überschuldeten oder zahlungsunfähigen Betrieb bedeuten muss. Sie greifen zum Eigenantrag, um zusammen mit ihren Gläubigern – und nicht zuletzt auch zusammen mit der „politischen Bürgschaft“ – Lösungen zum Erhalt des Unternehmens zu finden. Der Gedanke des amerikanischen „Chapter eleven“ greift um sich. Insolvenzpläne helfen, Unternehmen, die bei durchaus guter Auftragslage und Umsatzsituation akute Finanzierungsprobleme haben, noch zu retten.

Insolvenz als Lösung

Anzumerken ist, dass nicht zuletzt die Furcht vor der Strafbarkeit zum Eigenantrag drängt: Innerhalb von drei Wochen nach erklärter Zahlungsunfähigkeit ist der Insolvenzantrag zu stellen. Vielfach liegen Insolvenzpläne bereits in der Schublade, bevor der Insolvenzantrag bei Gericht vorgelegt wird („Pre-package-plan“). Dass Insolvenzen immer mehr zum „Normalfall“ werden, zeigen die folgenden Fakten: Die Zahl der Fachanwälte für Insolvenzrecht ist von 30 Fachanwälten im Jahre 2000 auf 268 Insolvenzrechtsspezialisten im März 2002 gestiegen.

Deutschlands Unternehmen wappnen sich zunehmend gegen Forderungsausfälle durch Insolvenzen: Trotz steigender Privat- und Unternehmensinsolvenzen geben nur 60,1 Prozent der Betriebe an, dass sie Forderungsverluste durch Kundeninsolvenzen hinzunehmen hatten. Im Vorjahr waren es noch 66,2 Prozent.

Tab. 10: Forderungsausfälle wegen Kundeninsolvenzen in Deutschland

■	ja	nein
Verarb. Gew.	58,2 (65,4)	39,1 (33,2)
Bau	49,2 (56,1)	50,2 (42,8)
Handel	70,5 (76,6)	27,2 (22,8)
Dienstleist.	57,0 (65,9)	40,8 (34,1)
Gesamt	60,1 (66,2)	37,8 (33,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Insolvenzen: Licht und Schatten

Angesichts des hohen Schadensniveaus auf der einen Seite und der Vielzahl von geordneten Verfahren mit einer möglichen Sanierung auf der anderen Seite gilt es, die zwei Pole des Insolvenzgeschehens in ihrer positiven und negativen Bedeutung zu erkennen: Auf der einen Seite haben wir uns an den Gedanken zu gewöhnen, dass Insolvenzen zu einer funktionierenden Marktwirtschaft gehören und dass es nur darum geht, den Ablauf des Endes eines Unternehmens via Insolvenz rechtlich und wirtschaftlich geordnet zu regeln. Auf der anderen Seite ist der volkswirtschaftliche Schaden zu sehen, deshalb kommt es darauf an, Insolvenzen mit ihren Verlusten für den Betroffenen und für den Umkreis seiner Gläubiger zu minimieren.

1.5 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Die Arbeitslosigkeit hat in Deutschland Ende Mai wieder eine Zahl von fast vier Millionen (3,9 Millionen) Personen erreicht. Anders als andere volkswirtschaftliche Größen – etwa das Bruttoinlandsprodukt – verlaufen Arbeitsmarktentwicklungen und das Geschehen bei den Unternehmensinsolvenzen oft parallel. Das mag damit zusammenhängen, dass mittelständische Unternehmen gleichermaßen den Arbeitsmarkt (mit zwei Dritteln aller Beschäftigten) und die Insolvenzen

prägen. Dabei verbinden sich diese beiden Maßstäbe beim Thema „Arbeitslosigkeit durch Insolvenz“ miteinander. In Deutschland stehen rund 310.000 (Vergleichszeitraum: 250.000) Beschäftigte vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes durch die Insolvenz ihres Arbeitgebers. Es wird an dieser Stelle bewusst eine zurückhaltendere Formulierung gewählt, weil – wie oben im Zusammenhang mit den Schäden ausgeführt – gerade größere Betriebe weitergeführt werden, was eben nicht nur zu einer besseren Befriedigung der Gläubiger, sondern auch zum Erhalt von Arbeitsplätzen führen kann. Der Verkauf von Unternehmensteilen führt durch den Paragraph 613a BGB (zunächst) nicht zu Arbeitsplatzverlusten. Das Statistische Bundesamt hatte im Vorjahr rund 200.000 betroffene Arbeitnehmer bei Insolvenzanträgen gezählt – dabei allerdings eingeräumt, dass rund ein Fünftel aller Anträge ohne die Angaben zur Beschäftigungssituation gemacht worden waren. An dieser Stelle waren 500.000 betroffene Arbeitnehmer angeführt worden.

Immerhin mögen die Angaben der Bundesanstalt für Arbeit als Anhaltspunkt dienen, die Anträge von betroffenen Arbeitnehmern auf Insolvenzgeld erfassen. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres liegen knapp 100.000 solcher Anträge von Betroffenen vor. Das Geld wird gebraucht, um zumindest Zahlungsausfälle zu überbrücken, die vor dem Insolvenzantrag durch die Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers entstanden sind. Die Bundesanstalt tritt ein bis der Insolvenzverwalter aus der Fortführung des Betriebes wieder Löhne bezahlen kann. Wie viele Arbeitsplatzverluste tatsächlich auftreten, lässt sich im einzelnen Falle erst nach Jahren feststellen.

In Westdeutschland sind 210.000 Beschäftigte von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen, das ist ein Zuwachs von 31,3 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 (160.000 Beschäftigte).

Neue Arbeitsplätze in Auffanggesellschaften

Tab. 11: Gesamtarbeitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen in Westdeutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1990	63.000	- 3,2
1991	64.000	+ 1,6
1992	100.000	+ 56,3
1993	235.000	+ 135,0
1994	267.000	+ 13,6
1995	292.000	+ 9,4
1996	317.000	+ 8,6
1997	348.000	+ 9,8
1998	313.000	- 10,1
1999	291.000	- 7,0
2000	290.000	- 0,3
2001 Hj.	160.000	+ 19,4
2001	330.000	+ 13,8
2002 Hj. *)	210.000	+ 31,3

*) von Creditreform geschätzt

In Ostdeutschland deuten sich mit 100.000 Beschäftigten, deren Arbeitgeber Insolvenz anmeldete, wieder Höchstmarken an, wie sie zuletzt 1997 erreicht worden waren.

Tab. 12: Gesamtarbeitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen in Ostdeutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1994	66.000	
1995	102.000	+ 54,5
1996	170.000	+ 66,7
1997	206.000	+ 21,2
1998	188.000	- 8,7
1999	180.000	- 4,3
2000	158.000	- 12,2
2001 Hj.	90.000	+ 9,8
2001	173.000	+ 9,5
2002 Hj. *)	100.000	+ 11,1

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 13: Gesamtarbeitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1998	501.000	- 9,6
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001 Hj.	250.000	+ 15,7
2001	503.000	+ 12,3
2002 Hj. *)	310.000	+ 24,0

*) von Creditreform geschätzt

Im Zusammenhang mit den spektakulären Insolvenzen im ersten Halbjahr ist die Diskussion geführt worden, ob das bisher von kleinen Unternehmen bestimmte Insolvenzgeschehen jetzt auch zunehmend größere Betriebe treffe. Tatsächlich gibt es einen leichten Zuwachs in der Gruppe der Unternehmensgröße von 51 bis 100 Beschäftigten: Deren Anteil am westdeutschen Insolvenzgeschehen ist gegenüber dem Vorhalbjahr von 2,8 Prozent auf 3,0 Prozent gestiegen. Dabei bleibt allerdings festzuhalten, dass vor allem die Mikrobetriebe mit nur einem bis fünf Mitarbeitern gegenüber dem Vergleichszeitraum zugelegt haben: Von 55,9 Prozent auf 59,1 Prozent in den alten Bundesländern. In Ostdeutschland hat der Anteil größerer Mittelständler sogar abgenommen (von 3,9 auf 1,7 Prozent bei 51 bis 100 Beschäftigten); der der Kleinstbetriebe hat hingegen deutlich zugelegt (von 43,4 auf 56,6 Prozent). Bleibt allerdings zu bedenken, dass gerade größere Betriebe – so die Kirch-Gruppe – in einer Vielzahl kleiner Unternehmensteile aufgesplittert sind, die im Einzelfall nur wenige Beschäftigte zählen mögen. Insofern mag die Frage nach der Beschäftigtenzahl mit einer Verschiebung im Hinblick auf größere Betriebe nur schwer zu beantworten sein.

***Unternehmens-
konglomerate ...***

**Tab. 14: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen
in Prozent (Branchendurchschnitt)**

■	West	Ost
1 – 5 Personen	59,1 (55,9)	56,6 (43,4)
6 – 10 Personen	12,8 (14,9)	15,4 (20,6)
11 – 20 Personen	10,1 (11,4)	11,8 (16,2)
21 – 50 Personen	7,5 (7,9)	7,8 (11,1)
51 – 100 Personen	3,0 (2,8)	1,7 (3,9)
> 100 Personen	2,0 (2,0)	0,8 (1,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Betroffen ist vom Insolvenzgeschehen auch der Pensionssicherungsverein (PSV), der für die Zahlung der Betriebsrenten für insolvente Unternehmen verantwortlich ist. So hatte der PSV im Gesamtjahr 2001 rund 35.000 Renten und Anwartschaften zu sichern; alleine durch Holzmann und Fairchild Dornier kommen bereits jetzt 19.000 Fälle zusammen. Die Zahl der Fälle mag, zusammen mit den hier genannten Arbeitsplatzverlusten, einen Ausblick auf das Geschehen für das Gesamtjahr 2002 geben: 2001 hatte der PSV einen Bruttoleistungsaufwand von 659 Mio. Euro; im Jahre 2000 waren es 583 Mio. Euro gewesen. Die Beiträge für die Mitglieder, also Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Betriebsrenten ermöglichen, werden weiter steigen.

1.6 Strukturen der Insolvenzen: Branchen, Umsätze, Alter und Rechtsformen

Bringt man die gängigen Aussagen zur konjunkturellen Situation in Deutschland auf einen Nenner, so könnte man vielleicht sagen, dass die leichte Rezession noch des Vorjahres in eine ebenso leichte, wirtschaftliche Erholung mündete, die allerdings nicht die Breite besitzt, die wirtschaftlichen Schlüsseldaten signifikant zu ändern. Insgesamt zeigen die volkswirtschaftlichen Zahlen bei einer Saison- oder Preisbereinigung aber oft nur hauchdünne Zugänge und die Umfragen von ZDH, DIHK und Creditreform unter kleinen und mittleren Betrieben sind düster. Entscheidend ist, dass die Lage und die Hoffnung bei großen Unternehmen deutlich besser ist als im Mittelstand. Der aber schaut weniger auf die Exportquoten und die Erholung in den

USA als auf sein regionales Umfeld, auf das Anziehen der Binnenkonjunktur.

Gerade mittelständisch geprägte Bereiche aber, der Bausektor oder der Einzelhandel etwa, sind von Insolvenzen hart betroffen. Dabei haben diese Branchen in Westdeutschland einen Zuwachs bei ihren Pleiten von rund einem Drittel im ersten Halbjahr 2002 hinzunehmen – überraschend ist da – gerade unter konjunkturellen Aspekten – das Abschneiden des Baubereichs. Die Zahl der Pleiten hat bei Baubetrieben von 2.480 auf rund 2.720 Betriebe in den alten Ländern zugenommen (plus 9,7 Prozent). Beim Verarbeitenden Gewerbe geht der Zuwachs von 1.210 Insolvenzanträgen auf rund 1.590 in Westdeutschland vor allem auf den Handwerkssektor zurück. Nach Aussage von ZDH-Präsident Philipp lässt sich die Wirtschaftslage nur mit dem Satz: „Schlechter kann es kaum noch werden.“ beschreiben. Beim Bau ist erst im Jahre 2003 eine Belebung in Sicht. Umsatzrückgänge im Bausektor von 117 Mrd. Euro (Bauhauptgewerbe 1995) auf 91 Mrd. Euro im Jahre 2001 fordern ihren Tribut: Rund 20 Prozent aller Insolvenzen von Unternehmen in Westdeutschland betreffen das Baugewerbe. So verwundert es nicht, dass der Verband befürchtet, dass jedem zehnten Unternehmen die Pleite droht. Dass der Zuwachs so gering ausfällt, dürfte also nicht in der konjunkturellen oder finanziellen Erholung begründet sein, sondern im langsamen, strukturellen Ausbluten der gesamten Branche. In Ostdeutschland sind es vor allem der Handel (plus 57,5 Prozent) und die Dienstleister (plus 32,8 Prozent), die gegenüber dem Vorjahr deutliche Zugänge bei den Pleiten hinzunehmen haben. Dabei bleibt für den Einzelhandel einmal mehr anzumerken, dass die spezifische Abnahmesituation der Einzelhändler mit ihren festen Lieferbeziehungen dazu führt, dass es nicht zur Zahlungsunfähigkeit kommt, sondern die Betriebe hier in den Ausverkauf und die Liquidation gehen.

Bau bleibt am Boden

Tab. 15: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	Veränderung zum Vorjahr (in Prozent)
Verarb. Gew.			
West	1.590 (1.210)	11,7	+ 31,4
Ost	480 (480)	9,2	+/- 0,0
Deutschland	2.070 (1.690)	11,0	+ 22,4
Bau			
West	2.720 (2.480)	20,0	+ 9,7
Ost	1.830 (1.860)	35,2	- 1,6
Deutschland	4.550 (4.340)	24,2	+ 4,8
Handel			
West	3.130 (2.350)	23,0	+ 33,2
Ost	1.150 (730)	22,1	+ 57,5
Deutschland	4.280 (3.080)	22,8	+ 39,0
Dienstleist.			
West	6.160 (4.600)	45,3	+ 33,9
Ost	1.740 (1.310)	33,5	+ 32,8
Deutschland	7.900 (5.910)	42,0	+ 33,7
Gesamt			
West	13.600 (10.640)	100,0	+ 27,8
Ost	5.200 (4.380)	100,0	+ 18,7
Deutschland	18.800 (15.020)	100,0	+ 25,2

() = Vorjahresangaben

**Relative Insolvenzanfälligkeit
nach Branchen ...**

Bereits bei der Besprechung der Gesamtzahlen zu den Insolvenzen im Vergleich von Ost- und Westdeutschland war vor zuviel Euphorie angesichts der besseren Zahlen in den neuen Bundesländern zu warnen. Wer die jüngsten Zahlen zur Erwerbslosenrate in Ost- und Westdeutschland zur Hand nimmt, weiß, wie Insolvenzveränderungen bei den Unternehmen zu interpretieren sind: Während in Westdeutschland die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat im Mai 2002 um 7,4 Prozent stieg, lag der Zuwachs in Ostdeutschland bei „nur“ 3,7 Prozent. Wie hoch die absoluten Zahlen sind und wie prekär ihre Relation bezogen auf die Einwohnerzahl ist, zeigt bei den Arbeitslosen die Zahl von 2,56 Millionen im Westen zu 1,38 Millionen im Osten und bei den Insolvenzen die 27.200 Betroffenen in Westdeutschland und die 10.400 Pleiten in Ostdeutschland. Relativ betrachtet ist die Insolvenzquote in den neuen Ländern mehr als doppelt so hoch wie im Westen: 56 Unternehmen pro 10.000 beträgt sie in den alten Bundesländern, 134 Unternehmen sind es pro 10.000 in den neuen Ländern. Während die Zahl bei den Bauunternehmen in relativer

Hinsicht stagniert, gibt es im Verarbeitenden Gewerbe bei der Insolvenzquote Zuwächse. Die folgende Tabelle zeigt die relative Insolvenzanfälligkeit in den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Tab. 16: Insolvenzanfälligkeit nach Hauptwirtschaftsbereichen in Ost- und Westdeutschland für das 1. Halbjahr 2002

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarb. Gew.	
West	63
Ost	119
Bau	
West	107
Ost	263
Handel	
West	50
Ost	112
Dienstleist.	
West	47
Ost	99
Gesamt	
West	56
Ost	134

*) Quelle: Creditreform-Datenbank

Der These, dass vor allem kleine Betriebe insolvenzgefährdet sind, der bereits im Zusammenhang mit der Zahl der Beschäftigten kritisch nachgegangen wurde, ist noch einmal bei den Umsatzgrößen zu begegnen. Tatsächlich sind zwar die meisten Insolvenzen (fast 8.000 Betriebe) in einer Umsatzgröße zwischen 500.000 und 5,0 Mio. Euro zu finden; bezogen aber auf die Zahl der in dieser Umsatzgrößenklasse angesiedelten existierenden Unternehmen ist die Insolvenzbetroffenheit hier unterdurchschnittlich. Bezogen auf 10.000 Unternehmen liegt der „Gipfel“ bei einer Betriebsgröße zwischen 5,0 und 25,0 Mio. Euro Jahresumsatz. Bei 1.370 Pleiten und 56.115 Unternehmen (Quelle: Umsatzsteuerstatistik 2000) entsteht eine Insolvenzquote von 244 Betrieben je 10.000. Im Bereich bis 50 Mio. Euro Jahresumsatz sind nur 170 Insolvenzen zu zählen – diese aber schaffen immer noch eine Insolvenzquote von 218. Die durchschnittliche Insolvenzquote im Hinblick auf die Umsatzkategorien liegt bei 65 Betrieben.

... und Umsatzgrößen

Tab. 17: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen in Deutschland für das 1. Halbjahr 2002 (in Mio. Euro)

■	Insolvenzen absolut	registrierte Unternehmen	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
bis 0,1	2.330	1.341.990	17
> 0,1– 0,25	3.500	662.980	53
> 0,25 – 0,5	3.480	357.108	97
> 0,5 – 5,0	7.840	475.460	165
> 5,0 – 25,0	1.370	56.115	244
> 25,0 – 50,0	170	7.786	218
über 50,0	110	7.711	143
Gesamt	18.800	2.909.150	65

Quelle: Creditreform-Datenbank

Zwei weitere Strukturdaten seien der Vollständigkeit halber noch hinzugesetzt: Die Rechtsformen insolventer Betriebe und das Alter. Nach wie vor werden die Rechtsformen von kleinen Gewerbebetrieben, die rund die Hälfte des Insolvenzaufkommens stellen, und von den GmbH's mit mehr als 40 Prozent dominiert. Nach wie vor spielen Aktiengesellschaften - auch in Form der kleinen AG – eine nur untergeordnete Rolle beim Insolvenzgeschehen.

Tab. 18: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2002

■	West	Ost
freie Berufe	2,1	1,6
Gewerbebetrieb	32,5	49,6
BGB-Gesellschaft	1,1	1,5
Einzelfirma	4,5	2,1
OHG	0,5	0,2
KG	0,8	0,2
GmbH & Co. KG	7,0	2,8
GmbH	48,8	40,6
AG	2,2	0,6
eG	0,1	0,3
EV	0,6	0,5

Angaben in Prozent

War bei der Insolvenzbetroffenheit nach Umsatzgröße eine Revision nötig, so sind die Altersstrukturen gegenüber den Vorjahren nicht verändert: Immer noch

wird rund die Hälfte der insolventen Betriebe nicht älter als sechs Jahre.

**Tab. 19: Insolvenzen nach Unternehmensalter
im 1. Halbjahr 2002**

■	West	Ost
0 bis 2 Jahre	18,5	15,2
3 bis 4 Jahre	18,0	19,7
5 bis 6 Jahre	12,9	15,8
7 bis 8 Jahre	9,9	13,3
9 bis 10 Jahre	7,6	14,9
über 10 Jahre	33,1	21,1

Angaben in Prozent

1.7 Gründe der Insolvenzentwicklung: Finanzierung im Mittelstand

1.7.1 Es wird noch schwieriger: Erträge, Eigenkapital, Forderungsausfälle

Betroffen sind Mittelständler von der Insolvenz. Die aktuellen Zuwachsraten sind natürlich auch eine Folge der rechtlichen Änderungen in der Insolvenzordnung, die es den kleinen Betrieben leichter machen sollen, in einer für Gläubiger akzeptablen Weise entweder auszuscheiden oder sich neu aufzustellen. Die Reform des Insolvenzrechtes hätte ihr Ziel verfehlt, wenn ihre Optionen – vom vereinfachten Verfahren für Kleingewerbetreibende und Selbstständige bis zu den Möglichkeiten von Insolvenzplan und Sanierung – nicht genutzt würden. Tatsächlich aber liegt der Grund für die Zugänge bei den Insolvenzen in den Problemen der Finanzierung mittelständischer Unternehmen.

***Die Finanzierung ist das
Schicksal***

Negative Entwicklungen kleiner und mittlerer Unternehmen im Hinblick auf ihre Finanzierung haben bereits in den neunziger Jahren eingesetzt. Es ist an dieser Stelle bei der Frage nach den Insolvenzursachen auf die dürftige Ertragslage, sinkende Eigenkapitalquoten und die negative Wirkung von Forderungsverzögerungen und Forderungsverlusten für die Liquidität hinzuweisen. Unter dem Kürzel „Basel II“ und angesichts einer flauen Konjunktur wird die Diskussion um

die Finanzierungsmöglichkeiten kleiner Betriebe jetzt nur noch forcierter und publizitätsträchtiger.

Eine gute Konjunktur vermag durch die Verbesserung der Auftragslage und der Ausweitung des Umsatzes kleineren Betrieben das Leben zu erleichtern. Die Finanzierungsstrukturen aber werden sich damit nicht ändern: Härterer Wettbewerbsdruck, konjunkturelle Rückgänge oder die Verschlechterung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen führen in eine Krise, an deren Ende die Insolvenz kleiner und mittlerer Betriebe steht. Die Entwicklung im Bausektor, in der Branche „Transport und Spedition“ oder im konsumorientierten Dienstleistungs- und Einzelhandelssparten zeigen mit ihren hohen Insolvenzzahlen auch eine finanzielle Betroffenheit.

Branchen, geprägt vom Mittelstand

In der Creditreform-Frühjahrsbefragung mittelständischer Unternehmen geben 53,8 Prozent der Befragten an, dass ihre Erträge gegenüber dem Herbst 2001 gesunken seien. Nur 14,8 Prozent der Unternehmen sprechen von gestiegenen Erträgen. In manchen Branchen ist die Lage eklatant: So nennen 65,7 Prozent des Ausbaugewerbes, 68,3 Prozent des Verarbeitenden Gewerbes im Bereich „Steine/Erden“ und 60,7 Prozent des Einzelhandels sinkende Gewinne. Bei Umsatzrenditen von höchstens zwei Prozent müssten die Auftragsbücher schon zu Folianten werden, wenn die schwierige Ertragssituation verbessert und eine Stabilisierung der Finanzierung gewonnen würde.

Wie wenig aber die prognostizierte konjunkturelle Erholung in der zweiten Jahreshälfte dem Mittelstand in seiner Insolvenzanfälligkeit zu helfen vermag, zeigt einmal mehr das Zahlungsverhalten. Gerade bei einer schwierigeren Finanzierung über die Bank wird der Lieferantenkredit zum Mittel der Wahl, wenn es darum geht, das eigene Unternehmen liquide zu halten. Wie massiv der Forderungsverlust, ja bereits die Forderungsverzögerungen sich auf die Finanzierungsbasis einzelner Betriebe auswirken, zeigen die am stärksten betroffenen Branchen. Die Chemische Industrie (20 Prozent), das Textil- und Bekleidungs-gewerbe (16,6

Prozent), das Papier- und Druckgewerbe (15,7 Prozent) und schließlich die konsumnahen Dienstleister (10,4 Prozent) warten zu einem großen Teil über 90 Tage auf den Zahlungseingang von ihren privaten Kunden (Gesamtmittelstand: 2,7 Prozent). Der Handelsblatt-Businessmonitor hat im Mai bei einer Befragung von Topmanagern nicht nur erfahren, dass jede dritte Führungskraft von einem weiteren Anstieg der Insolvenzen in Deutschland in diesem Jahr ausgeht, sondern auch, dass 58 Prozent ein schlechteres Zahlungsverhalten bei Ihren Kunden festgestellt haben. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang: Besonders kleine und mittlere Unternehmen fühlen sich betroffen – Großunternehmen beschweren sich nur zu einem Drittel über säumige Zahler.

Forderungsausfälle zu hoch

Diese Zahlen sind im Zusammenhang mit dem immer noch vorherrschenden Hausbankprinzip zu sehen. Gerade der Mittelstand ist „seiner Bank“ fest verbunden – aus Gründen, die historisch gewachsen sind und die durch viele Regularien festgezurrert wurden. Die Geld- und Informationsströme zwischen Bank und mittelständischen Unternehmen liegen fest; es ist nur schwer möglich, die Hausbank zu wechseln, geschweige denn andere Finanzierungsmöglichkeiten zu öffnen.

Die Banken müssen sich den Vergleich mit den Konditionen – aber auch mit den Renditen ausländischer Institute gefallen lassen. Vor allem Sparkassen und Volksbanken werden ins kalte Wasser des globalen Wettbewerbs im Zeichen von Basel II geworfen. Und auch der Mittelstand, der sich nach Schätzungen des DIHK zu zwei Dritteln ausschließlich auf lokalen Märkten bewegt, sieht sich mit neuen Wettbewerbern konfrontiert, so wie mit Anforderungen an seine finanzielle Konstitution und deren Transparenz, die er nicht gewohnt ist.

Wer angesichts dieser Situation darauf setzt, dass die Regelungen aus Basel erst 2006 Wirklichkeit werden, wird enttäuscht: Es berichten bei einer aktuellen Befragung durch die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung im Mittelstand vom Frühjahr 2002

40,5 Prozent der kleinen und mittleren Betriebe, dass die Kreditaufnahme im abgelaufenen Jahr schwieriger geworden ist. Prekär ist die Situation im Baugewerbe: Hier haben fast 44 Prozent der Betriebe Probleme, wenn es darum geht einen Kredit zu bekommen. Nur 5,3 Prozent der Befragten geben an, dass ihre Kreditverhandlungen in der letzten Zeit leichter geworden seien.

Tab. 20: Entwicklung bei der Kreditaufnahme

■	schwieriger geworden	40,5
	keine Veränderungen	32,5
	nicht zu beurteilen	19,7
	leichter geworden	5,3

Im schlimmsten Fall droht Unternehmen die Verweigerung des Kredits oder die Kündigung der bestehenden Kreditlinie, wenn die Bank das Risiko als zu hoch einstuft. In den letzten zwölf Monaten wurden 13,5 Prozent der befragten Betriebe ein Kreditwunsch abgelehnt. Als Gründe nennen die mittelständischen Unternehmen neben unzureichenden Sicherheiten (53,2 Prozent) eine schwache Eigenkapitalquote des Unternehmens (34,2 Prozent). Banken und Mittelstand geraten beide in einen Teufelskreis: Hohe Insolvenzraten und stärkere Risikoanteile führen zusammen mit dem Margendruck im deutschen Bankgewerbe und einer Spreizung der verlangten Zinsen zu dem Zwang, sich von „ungünstigen Risiken“ im Kreditportfolio zu trennen. Dies aber wiederum führt – zumindest mittelfristig – zu einer Verschärfung eben dieser Risikosituation eben unter mittelständischen Unternehmen und damit zu einer steigenden Zahl der Insolvenzen.

Alternative Formen der Finanzierung kommen für den traditionellen Mittelstand – anders als für hoch innovative Betriebe etwa im Venture Capital-Bereich – kaum in Frage. Kurzfristig geht es darum, Rahmenbedingungen zu schaffen sowie neue Formen zu finden, die Eigenkapitalbasis zu stärken. Hinzu kommen müssen neue Formen der Transparenz, die in Deutschland schwer zu etablieren sind. Die Diskussion um die Hinterlegung der Bilanzen auch mittlerer und größerer

***Bank sucht Mittelstand,
Mittelstand sucht Bank***

GmbH oder das nur zögerliche Akzeptieren externer Ratings zeigen, wie schwer man sich hierzulande damit tut.

Auch wenn am aktuellen Rand eine leichte Verbesserung der Eigenkapitalquote mittelständischer Unternehmen festzustellen ist, bleibt die Situation bedenklich. Eine Studie des DSGV kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2000 die Eigenkapitalquote eines mittelständischen Unternehmens im Durchschnitt bei 7,0 Prozent lag – bei Mikrobetrieben sogar unter 3,0 Prozent. Die alljährlichen Untersuchungen der Bundesbank zur Finanz- und Ertragslage der Betriebe, die Durchschnittswerte von 17,0 Prozent nennt, wird vom Mittelstand und erst recht im internationalen Vergleich deutlich unterschritten.

Immer wieder: Eigenkapital

Tab. 21: Eigenkapitalquote in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	Über 30%
Verarb. Gew.	29,3 (32,2)	26,8 (30,6)	19,9 (16,5)	17,7 (16,2)
Bau	44,6 (44,3)	24,3 (24,7)	17,0 (15,0)	10,3 (13,4)
Handel	39,5 (41,6)	22,9 (26,8)	15,9 (12,0)	14,5 (15,6)
Dienstleist.	37,1 (41,3)	26,1 (25,7)	14,2 (15,4)	16,6 (12,6)
Gesamt.	37,2 (39,4)	25,1 (27,2)	16,2 (14,8)	15,4 (14,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Der steinige Weg zu weniger Insolvenzen in Deutschland führt über mehr Eigenkapitalfinanzierung und mehr Offenheit. Der Unternehmer Arend Oetker hat es in der Vortragsreihe des Instituts der Deutschen Wirtschaft auf den Punkt gebracht: „Klassische Mittelständler tun sich schwer mit dem Gedanken, offen über die Entwicklung ihres Unternehmens zu berichten, bzw. Dritten gegenüber Rechenschaft abzulegen. Transparenz wird leider nicht immer als Chance begriffen. Aber: Wer will schon in ein Unternehmen investieren, von dem nur der Name des Eigentümers bekannt ist?“

1.7.2 Was ist, wenn ... ?

Deutschlands Mittelstand im Schatten von Basel

Mittlerweile hat jedes Kreditinstitut und jeder Verband, seine Kunden und Mitglieder zu den erwarteten Auswirkungen von Basel II und zum Verhältnis zu den Banken befragt: Per Saldo bleibt festzuhalten, dass die neuen Eigenkapitalvorschriften für die Absicherung des Kreditgeschäfts der Banken gerade kleinen Betrieben Angst machen. Die „German Angst“ spielt bei der Dramatisierung der Folgen der globalen Vorschriften zur Stabilisierung des Finanzierungssektors sicher eine Rolle – nirgendwo in Europa werden die Verhandlungen in Basel genauer beobachtet. Auch wenn die Überlegungen zu den verschiedenen Bewertungsansätzen zum internen Rating des Kreditnehmers noch nicht abgeschlossen sind, bleibt die Frage, wie viele Betriebe in Deutschland tatsächlich mit höheren Kosten aufgrund ihrer stärkeren Risikoneigung im Kredit zu rechnen haben.

Risikoklassen bilden

Eine Untersuchung der Creditreform Rating AG weist repräsentativ aus, wie viele Unternehmen in Deutschland (Ost/West) höhere Finanzierungskosten bei der Inanspruchnahme hinzunehmen haben.

Zur Beantwortung der Frage, wie viele Unternehmen des Mittelstandes aufgrund dieser Zuordnung nun Zinsvorteile oder –nachteile erwarten können, wurden drei Bereiche gebildet: Eigenkapitalunterlegung kleiner acht Prozent, im Bereich um acht Prozent oder über acht Prozent. Spezielle Vorgaben für Laufzeiten und Verlustquoten der Kredite wurden nicht gemacht.

Die Datenbasis von Creditreform weist rund 667.000 Unternehmen auf, die zwischen 5 und 500 Mitarbeiter beschäftigen. 43,7 Prozent dieser Unternehmen werden für den Fall einer Kreditaufnahme nicht zu einer höheren Eigenkapitalunterlegung bei ihrer Bank aufgrund von Basel II führen. Theoretisch können diese Unternehmen sogar mit Zinsvorteilen rechnen. Knapp 28 Prozent der Unternehmen stehen im mittleren Bereich und führen zu keiner Anpassung. Indes liegen

die verbleibenden gut 28 Prozent der Unternehmen im unteren Bereich und werden unter Basel II-Bedingungen zu einer höheren Eigenkapitalunterlegung bei der Bank und damit theoretisch zu einer höheren Zinsbelastung der Unternehmen führen. Diese Aussagen berücksichtigen allerdings keine Besicherungsvorgänge, so dass im Einzelfall eine andere Einstufung erfolgen kann. In den Ratingklassen eins bis vier sind tendenziell größere Unternehmen vertreten als in den anderen Klassen. Dies wird anhand der Beschäftigtenzahlen deutlich. Mehr als 50 Prozent der Beschäftigten insgesamt arbeiten in Unternehmen dieser Ratingklassen. Im Durchschnitt sind es 28 Mitarbeiter pro Unternehmen.

Tab. 22: Strukturanalyse deutscher Unternehmen über Basel II Ratingklassen

Mitarbeiter betroffen

Rating- klasse	Mittelständische Unternehmen in Deutschland (Mitarbeiter > = 5 < 500)				
	1-Jahres- Ausfall- wahr- schein- lichkeit	Unternehmen		Mitarbeiter	
		in %	Anzahl	in %	Anzahl
1	0,33	7.792	1,17	832.385	5,54
2	0,47	60.013	9,00	2.548.694	16,96
3	0,65	139.648	20,93	3.057.387	20,34
4	0,83	84.055	12,60	1.791.215	11,92
5	1,04	126.268	18,92	2.045.719	13,61
6	1,20	59.731	8,95	1.262.169	8,40
7	1,59	79.097	11,86	1.658.267	11,04
8	2,02	54.116	8,11	882.680	5,87
9	3,30	26.349	3,95	482.859	3,21
10	7,25	10.441	1,57	173.277	1,15
11	10,68	9.988	1,50	170.576	1,13
12	20,02	9.573	1,44	124.139	0,83
Summe		667.071	100,00	15.029.367	100,00
Klassen 1 - 4		291.508	43,70	8.229.681	54,76
Klassen 5 - 6		185.999	27,87	3.307.888	22,01
Klassen 7 - 12		189.564	28,43	3.491.798	23,23

Von besonderem Interesse ist die Analyse in Bezug auf die alten und neuen Bundesländer. Die entsprechenden Summenzeilen sind in der folgenden Tabelle

dargestellt. In den alten Bundesländern sind im Vergleich zur Grundgesamtheit weniger Unternehmen in den Ratingklassen sieben bis zwölf. In den oberen Ratingklassen eins bis vier sind entsprechend mehr Unternehmen. Eine deutliche, nahezu dramatische Umkehrung der Verhältnisse ergibt sich für die neuen Bundesländer.

Tab. 23: Strukturanalyse ostdeutscher Unternehmen

■	Mittelständische Unternehmen in Deutschland (Mitarbeiter > = 5 < 500)			
	Unternehmen		Mitarbeiter	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Summe	124.052	100,00	2.563.768	100,00
Klassen 1 - 4	35.825	28,88	931.333	36,32
Klassen 5 - 6	31.167	25,12	602.439	23,51
Klassen 7 - 12	57.060	46,00	1.029.996	40,17

Doppelt hohe Anzahl im Osten

Tab. 24: Strukturanalyse westdeutscher Unternehmen

■	Mittelständische Unternehmen in Deutschland (Mitarbeiter > = 5 < 500)			
	Unternehmen		Mitarbeiter	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Summe	536.147	100,00	12.311.651	100,00
Klassen 1 - 4	254.112	47,40	7.246.996	58,87
Klassen 5 - 6	153.584	28,65	2.674.733	21,73
Klassen 7 - 12	128.451	23,95	2.389.922	19,40

Von den insgesamt 124.000 Unternehmen in Ostdeutschland sind fast die Hälfte, 46 Prozent, in die Ratingklassen sieben bis zwölf eingetragen. Es ist also zu vermuten, dass die schlechte Bonität einer Vielzahl von Unternehmen in den neuen Bundesländern zu einer Eigenkapitalerhöhung der Banken führt und in Bezug auf die eigene Situation mit einer Verschlechterung der Finanzierungsverhältnisse gerechnet werden muss. Die Häufung von Unternehmen in den Ratingklassen 7 bis 12 in den neuen Bundesländern erscheint insbesondere als plausibel, wenn man die relative Insolvenzbetroffenheit betrachtet.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Im Zuge der konjunkturellen Schwächephase hat sich das Gründungsgeschehen in Deutschland rückläufig entwickelt. In den ersten sechs Monaten verzeichneten die Gewerbe- und Handelsregister Westdeutschlands 4,4 Prozent weniger Neueintragungen als im ersten Halbjahr 2001. Waren es zwischen Januar und Juni 2001 noch 350.500 Anmeldungen, so sind es aktuell 335.000 neue Unternehmen. Im gleichen Zeitraum ist auch die Anzahl der Gewerbeabmeldungen um 2,8 Prozent gesunken – rund 300.000 Unternehmen wurden im ersten Halbjahr 2002 aus den Registern gelöscht (1. Halbjahr 2001: 309.600). Zwar ist der Saldo aus Anmeldungen und Abmeldungen weiter geschrumpft, insgesamt ist die westdeutsche Unternehmenslandschaft aber um 34.100 Unternehmen gewachsen (Vergleichszeitraum: 40.900).

Rückgänge im Westen ...

Unternehmensgründungen lassen sich grundsätzlich in zwei Kategorien teilen. Auf der einen Seite stehen selbstständig-originiäre Gründungen, sogenannte wirtschaftsaktive Unternehmen. Hier wird eine größere wirtschaftliche Substanz vermutet, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Weiteres wichtiges Kennzeichen eines wirtschaftsaktiven Unternehmens ist die erstmalige aktive Teilnahme am Wirtschaftsgeschehen. Diesen „echten“ Gründungen stehen Kleinbetriebsgründungen gegenüber, zu denen auch Scheingründungen und Nebenerwerbsgründungen zu zählen sind. Hier steht weniger eine selbstständige Vollexistenz im Vordergrund, als die Möglichkeit günstiger Einkaufsmöglichkeiten (Scheingründungen) oder ein Nebenverdienst. Bei den wirtschaftsaktiven Unternehmen zeichnet sich sowohl im Westen als auch im Osten eine positive Entwicklung ab. Waren es im ersten Halbjahr 2001 40.000 Unternehmen, die als wirtschaftliche Einheit neu auftraten, so sind es aktuell 45.000 Betriebe, die wirtschaftlich tragfähig sind.

Tab. 25: Gründungsbilanz 2002*) für Westdeutschland

■	Anmeldungen / Änderung in %		Abmeldungen / Änderung in %		Saldo / Änderung in %	
Nur Gewerbe- register:	286.700 (299.000)	-4,1	280.900 (289.800)	-3,1	5.800 (9.200)	-37,0
Handels- register:	48.300 (51.500)	-6,2	20.000 (19.800)	+1,0	28.300 (31.700)	-10,7
Gesamt- gewerbe- register	335.000 (350.500)	-4,4	300.900 (309.600)	-2,8	34.100 (40.900)	-16,6

*) Creditreform-Schätzung; () = 2001

...und im Osten

Bereits im letzten Jahr musste für Ostdeutschland im ersten Halbjahr eine negative Gründungsbilanz gezogen werden. Auch in ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 2002 bleibt der Saldo aus Neuanmeldungen und Löschungen im negativen Bereich. Die Zahl der neuen Unternehmen ging um 11,7 Prozent von 64.900 auf 57.300 Betriebe zurück. Im gleichen Zeitraum wurden 60.500 Unternehmen aus den Gewerbe- und Handelsregistern gelöscht – gegenüber dem Vergleichszeitraum ein Minus von 10,8 Prozent. Somit ergibt sich für das ostdeutsche Gründungsgeschehen ein Negativsaldo von 3.200 Unternehmen (1. Halbjahr 2001: minus 2.900). Es bleibt abzuwarten, wie die weitere Entwicklung bis zum Jahresende verläuft – schließlich konnte in der zweiten Jahreshälfte 2001 noch die Trendwende zu einem positiven Saldo vollzogen werden. Ein Lichtblick ist die Entwicklung der wirtschaftsaktiven Unternehmen im Osten – aktuell ist mit 10.000 wirtschaftsaktiven Betrieben zu rechnen (Vorjahr: 8.000).

Tab. 26: Gründungsbilanz 2002*) für Ostdeutschland

■	Anmeldungen / Änderung in %		Abmeldungen / Änderung in %		Saldo / Änderung in %	
Nur Gewerbe- register:	48.600 (55.700)	-12,7	54.900 (62.200)	-11,7	- 6.300 (-6.500)	-3,1
Handels- register:	8.700 (9.200)	-5,4	5.600 (5.600)	+/-0,0	3.100 (3.600)	-13,9
Gesamt- gewerbe- register	57.300 (64.900)	-11,7	60.500 (67.800)	-10,8	- 3.200 (-2.900)	+10,3

*) Creditreform-Schätzung; () = 2001

Auf die Forderungen nach einer besseren Erfassung der Gewerbemeldungen hat die Politik reagiert und Anfang Juni 2002 die Gewerbeordnung im Bereich des Gründungsgeschehen den aktuellen Anforderungen angepasst. Neben einer inhaltlichen Überarbeitung sind die Formulare für Gewerbeanzeigen nun auch internettauglich. Dank dieser Überarbeitung sollen in Zukunft aussagekräftige Daten zum Gründungsgeschehen vorliegen. In diesem Zusammenhang ist noch auf eine Studie der Europäischen Kommission hinzuweisen, die den durchschnittlichen Zeit- und Kostenaufwand bei Gründung einer GmbH in Europa untersucht. Dabei bewegt sich Deutschland in beiden Bereichen im Mittelfeld, jedoch noch über ermittelten Durchschnittswerten. Die höchsten Kosten für eine Gründung fallen nach der EU-Studie in Österreich an, während Italien den größten Zeitaufwand bei Unternehmensgründung benötigt.

2.2 Neueintragungen und Wirtschaftsbereiche

Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ist ungebrochen. So zeigen Auswertungen der Deutschen Ausgleichsbank, dass sowohl Handel als auch der Dienstleistungsbereich das größte Wachstum aufweisen, wenn man Gründungen und Geschäftsaufgaben gegenüberstellt. Alleine der Sektor der unternehmensnahen Dienstleistungen wuchs im Jahr 2000 um 50.000 Unternehmen. Auch die Zahlen der vorliegenden Analyse zeigen, dass die meisten Betriebe im tertiären Sektor entstehen. Alleine die Branchen des Dienstleistungssektors sind in Westdeutschland aktuell mit 55 Prozent am Gründungsgeschehen beteiligt. Weitere 30 Prozent der neu angemeldeten Unternehmen stammen aus dem Groß- und Einzelhandel. Demgegenüber sind nur insgesamt 15 Prozent aller Gründungen in Westdeutschland dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Bau zuzurechnen.

Dienstleister dominieren

Tab. 27: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Westdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen
Verarbeitendes Gewerbe	8
Baugewerbe	7
Handel	30
Dienstleistungen	55

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

In Ostdeutschland ergibt die Branchenbetrachtung ein ähnliches Bild, das sich gegenüber dem Vorjahr kaum geändert hat. Signifikanter Unterschied zu Westdeutschland ist die mehr als doppelt so hohe Gründungsquote im Bausektor in den neuen Ländern (Ost: 15 Prozent; West: 7 Prozent). Mit 78 Prozent tragen Handel und der Dienstleistungsbereich den größten Anteil der ostdeutschen Gründungsaktivitäten – alleine die Gründungsquote der Dienstleistungsunternehmen beträgt 52 Prozent.

Tab. 28: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland

■	Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	7
Baugewerbe	15
Handel	26
Dienstleistungen	52

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Auch die Neuanmeldungen in den Handelsregistern dominiert der Dienstleistungssektor. Gegenüber dem Vorjahr wurde die nachstehende Tabelle der allgemeinen Entwicklung angepasst: Während die einzelnen Sektoren des Verarbeitenden Gewerbe zusammengefasst wurden, wurden die Sektoren des Dienstleistungsbereichs differenziert. Einschränkend zeigt sich hier gleich eine Schwäche der seit 1993 gültigen Klassifikation der Wirtschaftszweige. Gerade der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistung, der über 50 Prozent der Handelsregistereintragungen ausmacht, lässt sich nur schwer weiter differenzieren. In diesen

Sektor fallen beispielsweise Steuer- und Unternehmensberater, Architektur- und Ingenieurbüros, Unternehmen aus der Werbebranche sowie Reinigungsdienste.

Die unterschiedliche Gründungsintensität des Baugewerbes ist auch bei der Auswertung der Handelsregistereintragungen zu erkennen. Während in Westdeutschland rund 4 Prozent der neu eingetragenen Unternehmen aus dem Baugewerbe stammen, sind es im Osten fast 8,5 Prozent.

Tab. 29: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2002

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht, Bergbau u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	139	0,29	44	0,51
Verarbeitendes Gewerbe	1.447	3,00	312	3,58
Energie u. Wasserversorgung	711	1,47	115	1,32
Baugewerbe/	1.949	4,03	738	8,48
Kfz-Handel	713	1,48	192	2,21
Groß- u. Einzelhandel	9.333	19,32	1.633	18,76
Gastgewerbe	919	1,90	163	1,87
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1.156	2,39	204	2,34
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	382	0,79	50	0,57
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	1.622	3,36	313	3,60
Datenverarbeitung u. Datenbanken	1.260	2,61	150	1,72
Forschung u. Entwicklung	46	0,10	23	0,26
unternehmensnahe Dienstleistungen	27.762	57,47	4.527	52,01
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	864	1,79	240	2,76
Summe	48.303	100,00	8.704	100,00

2.3 Arbeitsplätze durch Neugründer

Dank der positiven Entwicklung bei den wirtschaftsaktiven Unternehmen hat die Zahl der im Zuge einer Neugründung geschaffenen Arbeitsplätze wieder zugenommen. Insgesamt entstanden durch die 55.000 wirtschaftsaktiven Betriebe innerhalb der ersten sechs Monate über 130.000 neue Arbeitsstellen. Wie auch in den Vorjahren weist das Verarbeitende Gewerbe dabei die höchste Beschäftigungsintensität bei den Unternehmensgründungen auf. In Westdeutschland entstehen pro neuangemeldetem Unternehmen fünf Arbeitsplätze, im Osten sogar sechs. Weit weniger Stellen werden demgegenüber im Baugewerbe, Handel und Dienstleistungssektor geschaffen. Bei den genannten Beschäftigungseffekten handelt es sich ausschließlich um primäre Effekte, die im direkten Zusammenhang mit der Betriebsgründung stehen. Sekundäre Beschäftigungseffekte, etwa durch eine höhere Nachfrage von neuen Unternehmen bei bereits existierenden Betrieben, lassen sich dagegen nach Einschätzungen des Deutschen Ausgleichsbank nicht erfassen.

Mehr neue Arbeitsplätze

Tab. 30: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2002

■	Durchschnittliche Beschäftigtenzahl *)	
	West	Ost
Verarb. Gewerbe	5 x 3.600	6 x 700
Baugewerbe	3 x 3.150	3 x 1.500
Handel	2 x 13.500	2 x 2.600
Dienstleistungen	2 x 24.750	3 x 5.200

Quelle: Creditreform-Datenbank

Trotz der geringen Beschäftigungsintensität entstehen im Dienstleistungsbereich die meisten Arbeitsplätze, was natürlich mit den vielen neugegründeten Unternehmen in diesem Bereich zusammenhängt. Insgesamt haben die fast 30.000 Dienstleistungsbetriebe mehr als 65.000 Jobs geschaffen (Vorjahr: 53.000) – somit entfällt jede zweite Stelle, die im Zuge einer Gründung entsteht, auf diesen Bereich. Obwohl im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt nur 4.300 neue Unternehmen am Wirtschaftsleben teilnehmen, wur-

Dienstleister als Jobmaschine

den hier insgesamt mehr als 22.000 neue Arbeitsplätze geschaffen – im ersten Halbjahr 2001 waren es noch über 4.600 Betriebe, durch die fast 24.000 Stellen entstanden. Schlusslicht bleibt weiterhin das Baugewerbe – 14.000 neugeschaffene Arbeitsplätze sind für den Zeitraum Januar bis Juni 2002 festzuhalten (Vergleichszeitraum: 11.280).

Tab. 31: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2002

■	Zahl der Beschäftigten *)	
	West	Ost
Verarb. Gewerbe	18.000 (20.000)	4.200 (3.840)
Baugewerbe	9.450 (8.400)	4.500 (2.880)
Handel	27.000 (25.600)	5.200 (4.960)
Dienstleistungen	49.500 (40.800)	15.600 (12.480)
Gesamt	103.950 (94.800)	29.500 (24.160)

*) gerundet; () = 2001

Als ein erfolgreiches Instrument der Arbeitsmarktpolitik hat sich das 1986 neu in das Arbeitsförderungsgesetz aufgenommene Überbrückungsgeld erwiesen – beim Schritt in die Selbstständigkeit werden Arbeitslose für einen Zeitraum von sechs Monaten finanziell unterstützt. Alleine im letzten Jahr wurde in rund 96.000 Fällen durch das Überbrückungsgeld die Arbeitslosigkeit beendet. Nach einer Untersuchung des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind drei Jahre nach dem Schritt in die Selbstständigkeit 70 Prozent der Nutzer des Überbrückungsgeldes noch als Selbstständige tätig. Zum Vergleich: Andere Studien zum Gründungsgeschehen kommen zu dem Ergebnis, dass nur 60 Prozent aller Neugründungen die ersten fünf Jahre nach Markteintritt überleben.

Von der Arbeitslosigkeit zum Gründer

2.4 Neueintragungen und Löschungen nach Bundesländern

Wie unterschiedlich sich das Gründungsgeschehen in den einzelnen Bundesländern entwickelt hat, zeigt die nachstehende Tabelle. Die aktuellen Eintragungen ins Handelsregister wurden mit der Zahl der bestehenden Unternehmen – als Quelle diente die Umsatzsteuer-

**Gründungsaktive
Stadtstaaten**

statistik – in Beziehung gesetzt. Dabei erweisen sich die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin neben Hessen als Aktivposten des Gründungsgeschehens, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 200 Handelsregistereintragungen pro 10.000 registrierten Unternehmen aufweisen. Am Ende der Skala finden sich wie auch im Vorjahr die ostdeutschen Bundesländer – aber auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zählen mit einer unterdurchschnittlichen Gründungsquote zu den Schlusslichtern. Nimmt man alle Gewerbeanmeldungen und setzt sie ins Verhältnis zur Einwohnerzahl der Bundesländer, wie es eine Auswertung des Statistischen Bundesamtes ausweist, ergibt sich ein anderes Bild. Zwar steht auch hier Hamburg an der Spitze (83 Gewerbeanmeldungen pro 10.000 Einwohner), Bremen gehört dagegen neben Niedersachsen und Sachsen-Anhalt zu den Schlusslichtern, die deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 71 Anmeldungen pro 10.000 Einwohnern liegen.

Tab. 32: Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nach Bundesländern (1. Halbjahr 2002)

■	Neueintragungen
Hamburg	380
Bremen	250
Hessen	240
Berlin	240
Schleswig-Holstein	230
Nordrhein-Westfalen	210
Bayern	200
Saarland	200
Niedersachsen	190
Brandenburg	180
Baden-Württemberg	160
Mecklenburg-Vorpommern	160
Sachsen-Anhalt	160
Rheinland-Pfalz	150
Sachsen	140
Thüringen	140
Gesamt	200

Wie unterschiedlich das Klima für Unternehmensgründungen in Deutschland ist, zeigt eine Studie der Universität Köln in Zusammenarbeit mit der Universität Lüneburg – untersucht wurden Gründungsaktivitäten und Rahmenbedingungen in zehn deutschen Regionen. Im Durchschnitt weisen die untersuchten Zonen eine mittlere Gründungsquote von 3,6 Prozent aus – nicht einmal vier von hundert Befragten sind demnach aktiv am Gründungsgeschehen beteiligt. Die besten Werte weisen neben Köln (6,1 Prozent), München (4,9 Prozent) sowie Lüneburg (4,7 Prozent). Am unteren Ende befindet sich Rostock mit einer Gründerquote von 2,0 Prozent, gefolgt von der Emscher-Lippe-Region (2,7 Prozent).

Insgesamt sind im ersten Halbjahr 2002 in den deutschen Handelsregistern weniger Unternehmen eingetragen worden (West: minus 6,2 Prozent; Ost: minus 5,4 Prozent). Den 57.007 Anmeldungen stehen auf der anderen Seite 25.650 Abmeldungen gegenüber, so dass sich für den Handelsregisterbereich ein positiver Saldo ergibt. Erfreulich ist, dass auch die fünf ostdeutschen Bundesländer einen positiven Saldo aufweisen. Keine Veränderung ergibt sich bei den gründungsstärksten Bundesländern. Alleine in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg werden die Hälfte aller Handelsregistereintragungen vorgenommen. Die wenigsten Eintragungen werden demgegenüber aus Bremen, Saarland und Mecklenburg-Vorpommern gemeldet.

Dickes Plus in Ost und West

Tab. 33: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland für das 1. Halbjahr 2002

■	Unternehmensneueintragungen	Unternehmenslösungen	Saldo
Baden-Württemberg	6.353	3.026	3.327
Bayern	9.972	3.675	6.297
Berlin	2.583	1.626	957
Brandenburg	1.381	915	466
Bremen	541	444	97
Hamburg	2.865	551	2.314
Hessen	5.548	2.441	3.107
Mecklenburg-Vorp.	787	370	417
Niedersachsen	4.760	1.972	2.788
Nordrhein-Westfalen	13.136	5.742	7.394
Rheinland-Pfalz	2.205	952	1.253
Saarland	673	201	472
Sachsen	1.858	1.410	448
Sachsen-Anhalt	1.041	593	448
Schleswig-Holstein	2.250	1.011	1.239
Thüringen	1.054	721	333
Gesamt	57.007	25.650	31.357

Angst vor dem Ende

Beim Blick auf das Gründungsgeschehen stellt sich immer wieder die Frage nach dem Scheitern von Unternehmensgründungen. Die hohe Zahl der jungen Unternehmensinsolvenzen ist da nur ein Zeichen für die Probleme neuer Unternehmen. In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die Studie des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hingewiesen. Neben dem Auftragsmangel sind es insbesondere Engpässe bei der Finanzierung, die ein neugegründetes Unternehmen scheitern lassen. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass nach Angaben der Universität Köln rund 46 Prozent von einer Unternehmensgründung absehen, weil sie Angst haben zu scheitern. Dabei sind nach Einschätzungen von Experten die gründungsbezogenen Rahmenbedingungen als durchaus positiv einzustufen. Auch der Bereich der Finanzierung, der oft als Grund für das Scheitern einer Gründung genannt wird, wird als gut eingeschätzt. Dabei spielt natürlich die Finanzierung durch Fremd-

kapital, das Kreditinstitute bereitstellen, die wichtigste Rolle. Zwar hat die Finanzierung durch Beteiligungsgeber, etwa Venture Capital, an Bedeutung gewonnen, aber diese Finanzierungsform bleibt nach wie vor nur Betrieben aus den Hochtechnologiebranchen, die ein überdurchschnittlich starkes Wachstum aufweisen, vorbehalten. Unternehmen aus den Bereichen Handel, Bau und Verarbeitendes Gewerbe bleibt nur die traditionelle Finanzierung über mittel- und langfristige Kredite.

■ 3 Zusammenfassung

Mit einem Wachstum von fast 43 Prozent wurde in Deutschland im ersten Halbjahr 2002 eine neue Rekordmarke bei den Gesamtinsolvenzen erreicht. Bei 34.600 Insolvenzanträgen sind jetzt schon mehr Insolvenzen als im Gesamtjahr 1999 registriert. Der starke Anstieg ist in erster Linie auf die Entwicklung bei den Verbraucherinsolvenzen zurückzuführen, die sich gegenüber dem Vergleichszeitraum nahezu verdoppelt haben – von 7.400 im ersten Halbjahr 2001 auf aktuell 14.500. Im gleichen Zeitraum ist bei den Unternehmensinsolvenzen ein Zuwachs von 25,2 Prozent auf insgesamt 18.800 Insolvenzfälle zu melden (1. Halbjahr 2001: 15.020 Unternehmensinsolvenzen). Gesunken ist dagegen die Zahl der sonstigen Insolvenzen, zu denen überschuldete Vereine und Nachlässe zu zählen sind (1. Hj. 2002: 1.300; 1. Hj. 2001: 1.790).

Das Insolvenzgeschehen in Deutschland wird in erster Linie durch die Entwicklung in den alten Bundesländern bestimmt, wo stärkere Zuwächse als in Ostdeutschland zu verzeichnen sind. Während die Gesamtzahl im Westen um 48,4 Prozent zugelegt hat (1. Hj. 2002: 26.300; 1. Hj. 2001: 17.720), beträgt das Wachstum im Osten 27,9 Prozent – von 6.490 in den ersten sechs Monaten 2001 auf aktuell 8.300. In Westdeutschland mussten 13.600 Betriebe einen Insolvenzantrag stellen – gegenüber dem Vergleichszeitraum ein Plus von 27,8 Prozent (10.640). Auch hier zeigt sich der markante Anstieg bei den Privatinsolvenzen – von 5.490 Anträgen im ersten Halbjahr 2001 auf 11.700 hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Bei

den sonstigen Insolvenzen ist ein Rückgang um 37,1 Prozent auf 1.000 Fälle festzuhalten.

In Ostdeutschland bedeuten 5.200 Unternehmenszusammenbrüche im ersten Halbjahr gegenüber dem Vergleichszeitraum einen Anstieg von 18,7 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Verbraucherkonkurse um 46,6 Prozent zu – 2.800 Insolvenzanträgen zwischen Januar und Juni 2002 stehen 1.910 Anträge aus den ersten sechs Monaten 2001 gegenüber. Die Zahl der sonstigen Insolvenzen ist von 200 auf 300 Fälle gewachsen. Auch wenn sich die Situation bei den Zuwachsraten in den neuen Ländern etwas besser darstellt, ist hier das Insolvenzrisiko von Unternehmen doppelt so hoch wie im Westen.

Im Zuge der reformierten Insolvenzordnung ist auch eine positive Entwicklung zu erkennen: Die Zahl der eröffneten Verfahren ist deutlich gestiegen. Nur noch ein Viertel der westdeutschen und ein Drittel der ostdeutschen Insolvenzverfahren von Unternehmen wurde zwischen Januar und Juni 2002 aufgrund fehlender Masse abgelehnt.

Im ersten Halbjahr 2002 ist die Summe der Insolvenzschiäden durch Unternehmensinsolvenzen auf 22,5 Mrd. Euro angewachsen (1. Hj. 2001: 18,0 Mrd. Euro). Insbesondere die privaten Gläubiger in Westdeutschland mussten deutlich höhere Einbußen verkraften: Von 7,7 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2001 auf aktuell 10,7 Mrd. Euro. Insgesamt hat sich auch die durchschnittliche Schadenhöhe bei den privaten Gläubigern dieser Entwicklung angepasst. Während im ersten Halbjahr 724.000 Euro Schaden durch jeden Insolvenzfall entstanden, sind es aktuell 787.000 Euro. Die Schäden der öffentlichen Hand haben sich im gleichen Zeitraum um eine Mrd. Euro auf 5,6 Mrd. Euro erhöht. Im Osten summieren sich die Ausfälle der privaten Gläubiger auf 3,6 Mrd. Euro – gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 ein Plus von 0,5 Mrd. Euro. Bei der öffentlichen Hand stagniert das Schadensniveau bei 2,6 Mrd. Euro. Das individuelle Schadensniveau ist im Osten auf 692.000 Euro gesunken (1. Hj. 2001: 708.000 Euro). Der Zuwachs bei den Insolvenzschiäden

den ist auch im Zusammenhang mit den vielen Großpleiten des ersten Halbjahres zu sehen. Alleine bei den sieben größten Pleiten (Kirch-Gruppe; Holzmann, Kinowelt Medien, Fairchild Dornier, Herlitz, Peguform und Sachsenring) summieren sich die offenen Forderungen auf mehrere Milliarden Euro.

Mehr als 300.000 Beschäftigte haben im ersten Halbjahr 2002 aufgrund der Insolvenz ihres Arbeitgebers ihren Arbeitsplatz verloren (Vergleichszeitraum: 250.000). In Westdeutschland hat sich die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer um 31,3 Prozent auf 210.000 erhöht. In Ostdeutschland ist ein Zugang bei den Arbeitsplatzverlusten durch Unternehmensinsolvenzen von 11,1 Prozent festzuhalten (1. Hj. 2002: 100.000; 1. Hj. 2001: 90.000).

Das Insolvenzgeschehen wird immer noch von Kleinstbetrieben genährt. Gerade in Ostdeutschland hat die Zahl der Betriebe mit maximal fünf Mitarbeitern deutlich zugelegt – um 13,2 Prozentpunkte auf aktuell 56,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil dieser Größenklasse in Westdeutschland von 55,9 Prozent im Vorhalbjahr auf aktuell 59,1 Prozent gestiegen.

Die Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen wirkt sich mit deutlichen Unterschieden in den einzelnen Wirtschaftsbereichen aus. Dabei überrascht besonders das relativ gute Abschneiden des Bausektors, der im Osten sogar rückläufige Insolvenzzahlen vorzuweisen hat (minus 1,6 Prozent) – für Westdeutschland ist mit einem Anstieg von 9,7 Prozent die geringste Steigerungsrate im Vergleich zu den anderen Wirtschaftssektoren festzuhalten. Bleibt beim Bau allerdings zu fragen, inwiefern die gesamte Branche auf eine positive Substanz bereits reduziert ist. Die höchsten Zuwachsraten sind für den Handel und den Dienstleistungsbereich zu notieren. So erhöhte sich alleine die Zahl der ostdeutschen Handelspleiten um 57,5 Prozent, aber auch die Dienstleistungsinsolvenzen sind um ein Drittel angewachsen. Für Westdeutschland sind in diesen Bereichen ähnliche Steigerungsraten zu verzeichnen (Handel: plus 33,2 Prozent; Dienstleister: plus 33,9 Prozent).

Obwohl sich in den neuen Bundesländern das Insolvenzgeschehen nicht so negativ wie im Westen entwickelt hat, ist das Insolvenzrisiko hier deutlich höher. Statistisch gesehen beträgt die Insolvenzanfälligkeit 134 Unternehmen pro 10.000 in Ostdeutschland und 56 in Westdeutschland. Dabei weist der Bausektor die höchsten Risikoquoten auf (West: 107; Ost: 263), während sich der Dienstleistungsbereich als insolvenzresistent erweist (West: 47; Ost: 99).

Bei den Insolvenzursachen ist insbesondere auf den Bereich der Finanzierung mittelständischer Unternehmen hinzuweisen. Hier ist es zum einen die aktuelle Ertragssituation, die nicht zu einer Stabilisierung der mittelständischen Finanzierung beitragen kann. Bei der letzten Mittelstandsumfrage im Frühjahr berichteten 53,8 Prozent von rückläufigen Erträgen. Höhere Gewinne konnten nur 14,8 Prozent der Befragten vorweisen. Auch das unbefriedigende Zahlungsverhalten mancher Kunden erweist sich zum anderen als Sargnagel auf dem Weg zur Zahlungsunfähigkeit. Immer mehr Unternehmen greifen auf Lieferantenkredite zurück, um eigene finanzielle Engpässe zu überbrücken – Zahlungseingänge von mehr als 90 Tagen sind da in einigen Branchen keine Ausnahme, sondern Regelfall. In dieser Situation sehen sich viele mittelständische Unternehmen mit einer restriktiveren Kreditvergabe ihrer Hausbank konfrontiert. Im Frühjahr sprachen 40,5 Prozent des Mittelstandes bei der Creditreform-Umfrage von Problemen bei der Kreditaufnahme, 13,5 Prozent der Befragten berichten darüber hinaus von der Ablehnung eines Kreditantrages.

In Deutschland haben sich im ersten Halbjahr 2002 weniger Unternehmen in die Gewerbe- und Handelsregister eingetragen. Waren es zwischen Januar und Juni 2001 noch über 415.000 neue Unternehmen, so ist nun mit knapp 392.000 Betrieben zu kalkulieren. Dabei ging die Zahl der Anmeldungen im Westen um 4,4 Prozent zurück (1. Hj. 2002: 335.000; 1. Hj. 2001: 350.500), während in Ostdeutschland der Rückgang 11,7 Prozent beträgt von 64.900 Unternehmen im Vorhalbjahr auf momentan 57.300. Im gleichen Zeitraum ist auch bei den Löschungen aus den Registern ein

Rückgang zu verzeichnen. So sank die Zahl der Unternehmen, die aus den westdeutschen Registern verschwanden, um 2,8 Prozent (1. Hj. 2002: 300.900; 1. Hj. 2001: 309.600) – im Osten wurden 10,8 Prozent weniger Unternehmen aus den Registern gelöscht (1. Hj. 2002: 60.500; 1. Hj. 2001: 67.800). Für Deutschland ist mit insgesamt 55.000 wirtschaftsaktiven Gründungen (West: 45.000; Ost: 10.000) zu rechnen, die genügend wirtschaftliche Substanz zu Schaffung von Arbeitsplätzen aufweisen.

Das Gründungsgeschehen wird durch die Bereiche Handel und Dienstleistung bestimmt. 85 Prozent der westdeutschen und 78 Prozent der ostdeutschen Gründungen sind in diesem tertiären Sektor anzusiedeln. Unterschiedlich entwickelt sich das Gründungsgeschehen im Bausektor. Hier weist der ostdeutsche Bausektor einen doppelt so hohen Anteil am gesamten Gründungsgeschehen wie die westdeutsche Baubranche auf (West: 7 Prozent; Ost: 15 Prozent).

Durch die wirtschaftsaktiven Unternehmen sind im ersten Halbjahr mehr als 130.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die meisten Stellen entstehen dabei im Dienstleistungsbereich – hier konnten mehr als 65.000 Beschäftigte angestellt werden. Aber auch das Verarbeitende Gewerbe trägt seinen Teil zur positiven Arbeitsmarktentwicklung bei, obwohl diese Branche den geringsten Anteil am Gründungsaufkommen hat. Hier macht sich die hohe Beschäftigungsintensität des Verarbeitenden Gewerbes bemerkbar – pro Neugründung kommt es zur Schaffung von sechs Arbeitsplätzen im Osten, im Westen sind es fünf. Insgesamt summiert sich die Zahl der neuen Arbeitsplätze im Verarbeitendem Gewerbe auf über 22.000 Stellen.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2002, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 19. Juni 2002